

# Pressemitteilung

## **“Sicherheitslücken müssen geschlossen werden, bevor aus Gefahr Gewalt wird”**

**Lüneburg/Hannover, 08. Oktober 2025** – Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Psychisch-Kranken-Gesetzes (NPsychKG) legt die CDU-Landtagsfraktion als erste Fraktion einen umfassenden, rechtlich tragfähigen Vorschlag vor. Ziel ist es, bestehende Sicherheitslücken zu schließen – bevor aus Gefahr Gewalt wird. Die CDU fordert die rot-grüne Landesregierung auf, nicht länger zu zögern, sondern Verantwortung zu übernehmen.

Der Entwurf der CDU verbindet Sicherheit, Verantwortung und Hilfe. Auch substanzbedingte Störungen – etwa schwere Alkohol- oder Drogenabhängigkeit – sollen künftig im Anwendungsbereich berücksichtigt werden.

„Lüneburg zeigt, wie entscheidend der Informationsaustausch und ein klarer rechtlicher Rahmen sind“, sagt die Lüneburger CDU- Landtagsabgeordnete Anna Bauseneick. Sie begrüßt ausdrücklich, dass auch die Idee eines Runden Tisches aus Lüneburg in den CDU-Entwurf eingeflossen ist: „Wir greifen den Gedanken nun mit konkreten Fallkonferenzen auf. Damit werde der Austausch zwischen Behörden und Einrichtungen rechtssicher geregelt. Dies schaffe Klarheit und schließe Lücken.“ „Wichtig ist, dass gehandelt wird – nicht erst, wenn es zu spät ist. Mit diesem Gesetzentwurf setze die CDU ein klares Signal: Wir nehmen Sicherheit und Prävention ernst. Dabei gehören Sicherheit und Menschlichkeit zusammen.“, so Bauseneick weiter, die sich aktuell im Rat der Hansestadt Lüneburg mit einem Antrag für ein besseres Sicherheitsempfinden, gerade in der Innenstadt, einsetzt und damit die Attraktivität nachhaltig stärken will.

**Hier geht's zum Gesetzentwurf:** [https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen\\_19\\_10000/08501-09000/19-08542.pdf](https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_19_10000/08501-09000/19-08542.pdf)

